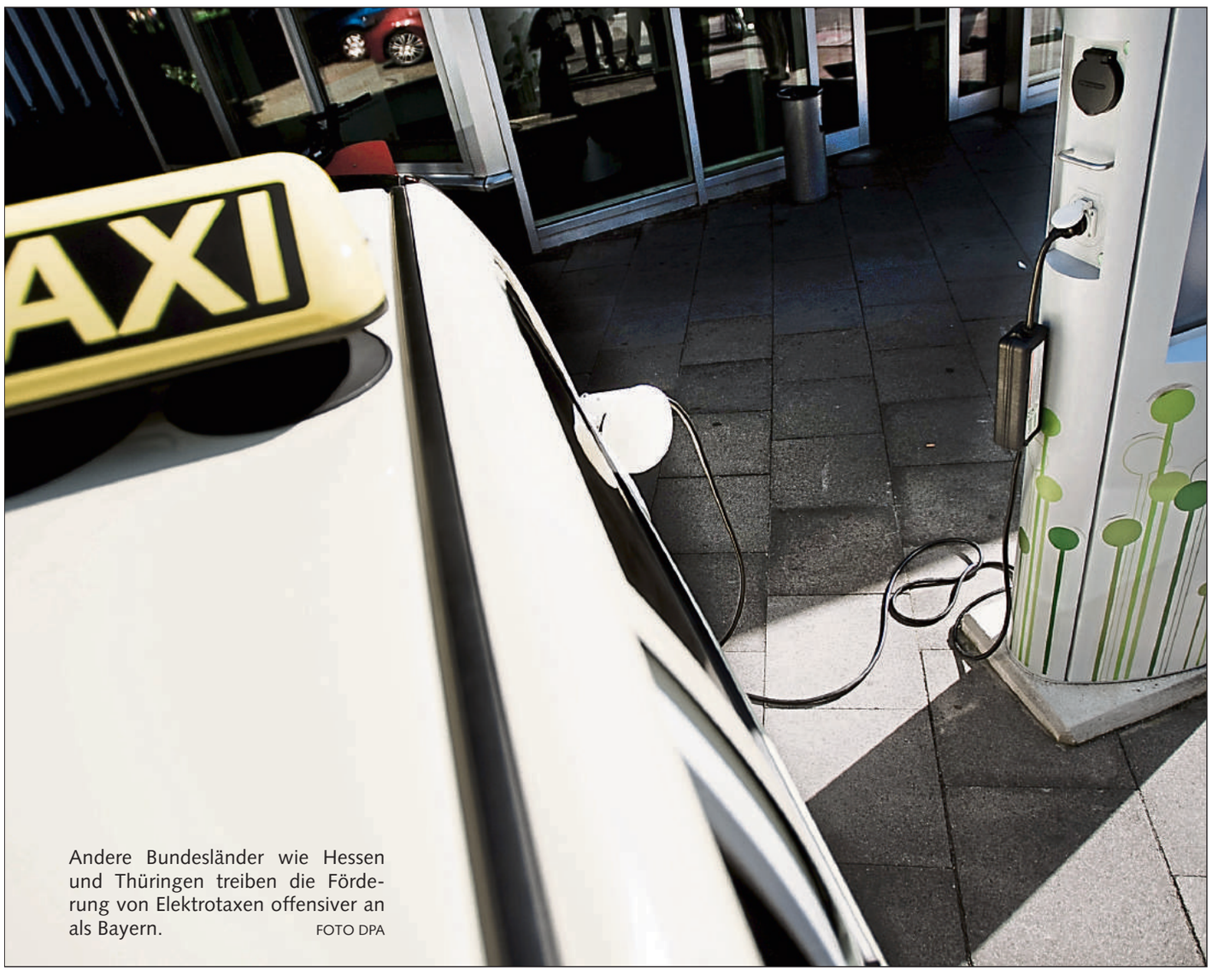

Andere Bundesländer wie Hessen und Thüringen treiben die Förderung von Elektrotaxen offensiver an als Bayern. FOTO DPA

Nur sechs Prozent der Taxis in Bayern fahren elektrisch

SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** fordert eine Förderung von E-Taxis durch den Freistaat. „Wenn wir umfassende Fahrverbote für Diesel verhindern wollen, müssen wir schadstoffarmen Verkehr fördern – nur dann wird die Luft in den Städten sauberer“, erklärt er. Der Abgeordnete wollte daher wissen, wie die Staatsregierung die Zulassung von E-Taxen erhöhen will.

Das Verkehrsministerium schreibt in seiner Antwort, bayernweit seien aktuell 8195 Taxis konzessioniert – davon zehn Elektrotaxen (0,12 Prozent) und 515 Hybridfahrzeuge (6,3 Prozent). Von diesen fährt mit 449 Fahrzeugen der Großteil in München. In Nürnberg sind es lediglich 22, in Kaufbeuren und Kempten jeweils fünf. In den anderen Städten und Landkreisen jeweils ein bis zwei Hybridfahrzeuge.

Um den Absatz von Elektroautos zu erhöhen, hat die Bundesregierung 2016 eine Prämie eingeführt. Damit sollte das ursprüngliche Ziel, bis 2020 eine Million E-Autos auf Deutschlands Straßen zu bringen, zumindest ansatzweise erreicht werden. Die Prämie beträgt für reine Elektrowagen mit Batterie 4000 Euro und für Hybridautos 3000 Euro. Finanziert werden sie je zur Hälfte vom Bund und dem jeweiligen Hersteller.

Laut Ministerium prüfe der Bund aktuell im Rahmen des Nationalen Forums Diesel, wie man zusätzlich die Einführung von E-Taxen durch geeignete Fördermaßnahmen unterstützen kann. „Die konkreten Details stehen noch nicht fest“, heißt es in der Antwort. Allerdings sei auch die Automobilindustrie gefordert, ein für den Taxieinsatz geeignetes Modell als Elektrovariante oder Plug-In-Hybrid auf den Markt zu bringen.

Andere Bundesländer treiben die Förderung offensiver an. Hessen hat Möglichkeiten zur Fahrzeugförderung in seinem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz so formuliert, dass dort auch eine Förderung von E-Taxen möglich ist. Thüringen hat ein Förderprogramm für gewerbliche Elektrofahrzeuge aufgelegt, das auch Taxenfahrzeuge umfasst. Und Berlin hat ein Förderprogramm des Landes zur Umrüstung der Taxenflotte auf umweltfreundliche Fahrzeuge angekündigt.

Bayern will mit solchen Maßnahmen noch warten. „Da noch zu wenige für den Taxieinsatz geeignete Elektrofahrzeuge auf dem Markt erhältlich sind, beobachtet die Staatsregierung gegenwärtig die weitere Marktentwicklung und die Entwicklung von Förderprogrammen auf Bundesebene“, schreibt das Ressort von Verkehrsminister Joachim Herrmann (CSU). Erst mal solle der Bund die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Rinderspacher hält dies für eine Schutzbehauptung. Er spricht von einem „Schwarzer-Peter-Spiel der Schwarzen in Bund und Freistaat“ und verweist auf das fortschrittliche Engagement anderer Bundesländer. Auch die Stadt München fördere E-Taxis mit einem Etat von zwei Millionen Euro, und im Schweizer Kanton Basel werden E-Taxis sogar mit bis zu 10 000 Franken gefördert. > LOH

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

Ski-WM, staatliche Umfragen, Dialektpflege an Schulen

Schüleraustausche in Bayern sind leicht zurückgegangen

Schulfahrten zu unseren europäischen Nachbarn ermöglichen es Schülern, neue Kulturen kennenzulernen und ein Bewusstsein für die europäische Idee zu entwickeln. „Ein flächendeckendes Angebot an Schulfahrten ins EU-Ausland kann auch dazu beitragen, Vorurteile gegenüber Fremden abzubauen“, ist **Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) überzeugt. Er fragte daher bei der Staatsregierung nach, wie sich die Anzahl der Schülerfahrten in den letzten Jahren entwickelt habe.

Das Kultusministerium schreibt in seiner Antwort, der internationale Schüleraustausch liege mit 32 524 bayerischen Teilnehmern auf einem hohen Niveau – „trotz leichter Rückgänge in der Gesamtschau“. Davon entfielen 23 661 Schüler auf das Gymnasium, 3880 auf die Realschulen, 1780 auf die Grund- und Mittelschulen, 1303 auf die Berufsschulen sowie 584 auf die Fachoberschulen. Die übrigen Teilnehmer stammen laut Ministerium von anderen Schularten. Insgesamt gibt es in Bayern 1918 Schulpartnerschaften – davon mit 1277 der Großteil an Gymnasien.

Schulfahrten ins Ausland tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen, ist Hans Jürgen Fahn (Freie Wähler) überzeugt. FOTO BSZ

71 Prozent der Auslandsaufenthalte erfolgen in der zehnten Jahrgangsstufe – 61 Prozent davon dauern weniger als ein halbes Jahr. „Während die Zahl der in der zehnten Jahrgangsstufe durchgeführten Individualaustausche sank, stiegen die jeweiligen Werte der nach der zehnten Jahrgangsstufe durchgeführten Individualaustausche deutlich an“, heißt es in der Antwort. Schüler, die zwischen der zehnten und elften Klasse ins Ausland reisen, besuchten in drei Viertel der Fälle das gesamte Schuljahr eine Schule im Ausland.

Deutsche Schüler mit dem in Japan typischen Kimono. FOTO DPA

Für die Schülerreisen standen im Haushalt 2017 staatliche Gelder bereit. Davon entfielen auf Grund- und Mittelschulen 1,8 Millionen Euro, auf Förderschulen 197 000 Euro, auf Realschulen 849 000 Euro, auf Gymnasien 2,2 Millionen Euro, auf berufliche Schulen 215 000 Euro sowie auf Berufs- und Fachoberschulen 357 000 Euro. „Das den Schulen zur Verfügung gestellte Budget reicht in der Regel für ein angemessenes Fahrtenprogramm aus“, ist das Ressort von Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) überzeugt.

Staatsregierung gibt für Umfragen 173 000 Euro aus

Die Staatsregierung lässt regelmäßig Meinungsumfragen und Resonanzstudien erstellen. SPD-Fraktionschef **Markus Rinderspacher** hakte jetzt nach, welche Themenbereiche diese umfassen und wie hoch die Kosten dafür waren.

Die Staatskanzlei antwortet, letztes Jahr sei beispielsweise das Umfrageprojekt „Fahrradmonitor“ durchgeführt worden. Dabei wurde im Rahmen des nationalen Radverkehrsplans 2020 des Bundes das „subjektive Stimmungsbild“ der Radfahrer in Deutschland erhoben. Bei den anderen zehn Umfragen ging es um die Lebenszufriedenheit, die Akzeptanz der klimapolitischen Maßnahmen der Staatsregierung in der Bevölkerung, das Einkaufsverhalten mit Fokus auf Regionalität, Handlungsfelder im Verbraucherschutz, der Ernährung und Bewegung der Generation 55plus sowie um die Kampagneeffektivität von Lebensmittelsiegeln.

Wie hoch die jeweiligen Kosten pro Umfrage waren, will die Staatskanzlei nicht sagen – es bestehe kein „öffentliches Interesse“. Insgesamt seien dem Steuerzahler durch die Erhebungen Kosten in Höhe von 173 000 Euro entstanden. Dieses Jahr werden noch die Ergebnisse einer Erhebung des Landwirtschaftsministeriums bekanntgegeben. Darin ging es um den Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum an der Einkaufsstelle. Neue Umfragen sind laut Staatsregierung nicht geplant.

Sorge vor hohen Schulden durch Ski-WM in Oberstdorf

Die 53. Nordischen Skiweltmeisterschaften finden 2021 in Oberstdorf statt. „Der Presse ist zu entnehmen, dass allein die direkt mit der Veranstaltung zusammen-

Wie 2005 findet die Nordische Ski-WM 2021 in Oberstdorf statt. DPA

hängenden Baukosten bei zirka 50 Millionen Euro liegen“, schreibt Grünen-Fraktionschef **Ludwig Hartmann**. Bei der letzten Skiweltmeisterschaft 2005 sei noch nicht einmal die Hälfte der jetzt zur Förderung beantragten Summe verwendet worden – obwohl damals neue Anlagen errichtet wurden. „Damit scheint aus meiner Sicht das Argument, dass man die Kosten durch Nutzung bestehender Anlagen reduzieren könne, hinfällig.“

Das Innenministerium nennt den Wert von 50 Millionen lediglich eine „Vision“. Aufgrund der Kostenhöhe dürfte eine Förderung aus dem regulären Förder-

Die Baukosten in Höhe von 50 Millionen Euro sind nur eine „Vision“ erfuhr Ludwig Hartmann (Grüne). FOTO BSZ

haushalt kaum möglich sein. Das Bundesinnenministerium und das bayerische Innenministerium empfehlen dem Bayerischen Landessportverband und der Gemeinde Oberstdorf daher, das Konzept zu überarbeiten. Seitens der Veranstalter sei angedeutet worden, dass man sich ergänzend um weitere Fördermittel außerhalb der Sportförderung bemühen wolle – beispielsweise der Tourismusförderung, heißt es in der Antwort. „Es wird darauf zu achten sein, dass nicht am Ende die deutlich überschuldete Gemeinde Oberstdorf in die Verantwortung genommen wird.“

Kaum Fortbildungen zur Dialektpflege in Schulen

Die Wissenschaft ist sich einig: Dialekt in Schulen wirkt sich eher positiv als negativ auf die Schüler aus. Nur: Die meisten Lehrer können den passenden Dialekt selbst nicht sprechen, da sie nach dem Studium oft kreuz und quer durchs Land versetzt werden – beispielsweise von Franken nach Oberbayern. „Wie viele und welche Fortbildungen werden angeboten, um Lehrkräften an Schulen in den oberbayerischen Alpenlandkreisen die Vermittlung des örtlichen Dialekts zu erleichtern?“, fragte daher **Florian Streibl** (Freie Wähler) die Staatsregierung.

Laut Kultusministerium wurden zwischen 2010 und 2017 19 staatliche Fortbildungsveranstaltungen mit 950 Teilnehmern sowie sieben Fortbildungen externer Anbieter mit rund 150 Teilnehmern zum Thema Dialekt angeboten. Allerdings räumt das Ministerium ein, dass solche Veranstaltungen eher allgemein gehalten werden, um eine breite Zielgruppe aus ganz Bayern ansprechen zu können.

Seit 2010 gab es 19 Lehrerfortbildungen zum Thema Dialekt. DPA

Wie viele Lehrer den örtlichen Dialekt sprechen, kann das Ressort von Kultusminister Ludwig Spaenle nicht sagen. Es gebe aber noch eine Reihe von schulinternen Fortbildungen, wo sicherlich ebenfalls ein „nicht unerheblicher“ Teil zum Thema Dialekt durchgeführt werde.

Nur noch wenig Lehrer sprechen den örtlichen Dialekt. FOTO DPA

Gefahr für Gehörlose im Straßenverkehr bleibt

Immer wieder passieren Unfälle mit gehörlosen Verkehrsteilnehmern. Letztes Jahr wurde beispielsweise ein gehörloser Fahrradfahrer von einem Feuerwehrauto tödlich verletzt, das mit Blaulicht über eine rote Ampel fuhr. „Obwohl keine statistisch auswertbaren Daten dazu vorliegen, ist die Vermeidung eines jeden Unfalls ein wichtiges politisches Anliegen“, schreibt **Kerstin Celina** (Grüne). Die Abgeordnete wollte daher wissen, welche Maßnahmen die Staatsregierung zum

Trotz Martinshorn für Hörbehinderte unhörbar: Einsatzfahrzeuge. DPA

Schutz für gehörlose Menschen im Straßenverkehr ergreift.

Aktuell keine. Das Verkehrsministerium wartet in diesem Zusammenhang auf Lösungen im Bereich Cooperative Intelligent Transport Systems (C-ITS) und Vehicle-to-Vehicle beziehungsweise Vehicle-to-Infrastructure-Kommunikation (V2X). Diese ermöglichen die direkte Kommunikation zwischen Fahrzeugen, Verkehrsleittechnik und Verkehrsteilnehmern – auch Hörbehinderten. „Der Verkehrsteilnehmer empfängt dann über handliche Empfangsgeräte individuell das Signal des herannahenden Einsatzfahrzeuges und kann sich darauf einstellen“, heißt es in der Antwort. Die Entwicklung werde auf nationaler und europäischer Ebene vorangetrieben.

Zusätzliche Signale an Ampeln für Gehörlose hält das Ressort von Verkehrsminister Joachim Herrmann durch die neuen Kommunikationstechniken für unnötig. „Im Fall, dass an den Lichtsignalanla-

Wie können Hörbehinderte vor Einsatzfahrzeugen gewarnt werden?, fragte Kerstin Celina (Grüne). BSZ

gen im Bedarfsfall alle Wegebeziehungen außer der Einsatzroute auf Rot geschaltet werden, erübrigen sich zusätzliche Warnsysteme.“ Sicher werde aber auch die Industrie in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gehörlosen-Bund geeignete und auf den individuellen Bedarf ausgerichetete Lösungen entwickeln.

> DAVID LOHMANN